

»Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik«

Pressekonferenz

Berlin, 13. November 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Statement

Danuta Sacher

**Vorstandsvorsitzende
terre des hommes
Deutschland e.V.**

Die Frage, ob Deutschland entwicklungspolitisch »fit für 2015« ist, beantwortet sich mit Blick auf die Quantität und Qualität der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Das **Jahr 2015** wird für die Entwicklungspolitik der Bundesregierung ein **Schlüsseljahr:**

Unter dem Oberbegriff der »Post-2015-Agenda« , also der Nachfolge der auf das Jahr 2015 orientierten UN-Millenniumsentwicklungsziele, werden für die Leitbilder, Ziele und Strategien der Entwicklungspolitik der folgenden 15 Jahre maßgebliche Weichen gestellt.

Mit der **G7-Präsidentschaft Deutschlands** bieten sich für die Bundesregierung im nächsten Jahr einmalige Chancen, auf die Post-2015- und Klimaverhandlungen mit eigenen Initiativen Einfluss zu nehmen. Diese Chancen dürfen nicht ungenutzt verstreichen. Dabei kommt es darauf an, die G7-Beschlüsse auf die ohnehin laufenden Prozesse der Vereinten Nationen, zum Beispiel die UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli 2015, zu beziehen und keine zusätzlichen parallelen Strukturen zu schaffen.

Beim **Weltklimagipfel in Paris im Dezember nächsten Jahres** muss die Staatengemeinschaft unter Beweis stellen, dass sie in der Lage ist, sich auf effektive Maßnahmen gegen den Klimawandel und seine verheerenden Folgen zu einigen. Wie der Weltklimarat in der vorletzten Woche ein weiteres Mal eindrücklich dargelegt hat, stehen wir vor der epochalen Frage, ob es der Weltgemeinschaft gelingen wird, Klimawandel und Erderwärmung auf ein global tragfähiges Maß zu reduzieren.

Dieser Post-2015-Prozess hat zu einer erfreulich intensiven und auch interdisziplinären Zusammenarbeit von Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtsbereich geführt. Die **Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda** für die Zeit nach dem Ablauf der Millenniumsentwicklungsziele, also nach 2015, beziehen sich auf wichtige Themen wie die dauerhafte Überwindung extremer Armut und die Bekämpfung der Ungleichheit, die Forderung nach nachhaltigem Wirtschaften und verantwortungsvoller Regierungsführung.

Welthungerhilfe und terre des hommes unterstützen diese von uns mit entwickelten Forderungen und erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich insbesondere zu den strukturellen Rahmenbedingungen und Hindernissen nachhaltiger Entwicklung und zur Frage globaler Partnerschaften und der notwendigen Entwicklungsfinanzierung eindeutig äußert. Dazu gehören das Bekenntnis zur Veränderung nicht nachhaltiger Produktionsweisen wie die Ausplünderung von Rohstoffvorhaben in Afrika und Lateinamerika oder die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in asiatischen Textilmanufakturen. Normative Basis der Post-2015-Agenda müssen die Menschenrechte sein.

Die neu zu formulierenden Sustainable Development Goals, also universell gültige Ziele nachhaltiger Entwicklung, müssen anders als die Millenniumsentwicklungsziele von 2000 auch Forderungen an die Industrienationen und damit auch **Nachhaltigkeitsziele für Deutschland** beinhalten. Wir wünschen uns, dass Deutschland im Rahmen der Vereinten Nationen mit eigenen Zielen und vertrauensbildenden Maßnahmen zur Umsetzung der Post-2015-Agenda sichtbar in Vorleistung tritt. Die Bundesregierung sollte in engem Dialog mit der deutschen Zivilgesellschaft

einen Vorschlag für ambitionierte Nachhaltigkeitsziele für Deutschland formulieren. Diese sollten sich sowohl auf die Situation in Deutschland als auch auf die globale Verantwortung Deutschlands beziehen. Auf diese Weise könnte Deutschland in den Vereinten Nationen demonstrieren, dass es bereit ist, mit ambitionierten eigenen Zielen und vertrauensbildenden Maßnahmen zur notwendigen Transformation der sozial- und umweltschädlichen Konsum- und Produktionsmodelle maßgeblich beizutragen.

Nachhaltigkeitsziele für Deutschland können nur Wirkung entfalten, wenn sich Bundesregierung und Bundestag klar zu ihnen bekennen und in einem ressortübergreifenden Konzept klare Umsetzungsschritte und Verantwortlichkeiten festlegen. Ein solches kohärentes Konzept zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) in Deutschland, also ein »Post-2015-Aktionsplan« sollte vom Bundestag verabschiedet werden, damit es nicht politische Lyrik bleibt, sondern bindende und überprüfbare Wirkung erzielen kann.

In dieser Post-2015-Agenda wird sich die starke Kritik des nicht tragfähigen Wirtschaftsmodells der industrialisierten Länder finden, das immer noch auf dauerhaftes Wachstum verbunden mit steigendem Ressourcenverbrauch setzt. Deshalb **bedürfen auch Aufgaben und Ziele von Entwicklungspolitik einer Erweiterung oder Neubestimmung**. Wir begrüßen, dass die neue Leitung des BMZ hat dies auch angekündigt hat, bisher nehmen wir eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wahr, wenn etwa

- Deutschland sich im Menschenrechtsrat der UN gegen rechtsverbindliche Instrumente zur Einhaltung von Menschen- und

Arbeitsrechten durch die Wirtschaft ausspricht;

- sich der Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft in einigen Bereichen (zum Beispiel Grüne Zentren, Ernährungssicherungskonzept) noch nicht als kontinuierliche und entscheidungsrelevante Mitwirkung darstellt;
- wichtige Dialoginstrumente wie zum Beispiel der Arbeitskreis Welternährung vernachlässigt werden;
- sich die Tendenz fortzusetzen scheint, der Privatwirtschaft der Industrienationen mehr Gehör zu geben als der Zivilgesellschaft und den Ländern des Globalen Südens.

Das BMZ sollte sich künftig – ganz im Sinne der Zukunftscharta – **stärker als Nachhaltigkeitsressort des Kabinetts verstehen** und innerhalb der Bundesregierung mit anderen Ressorts für einen politischen Konsens zur Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch werben. Dazu bedarf es eines starken BMZ, das zukünftig Zuständigkeiten bündelt, Aufgaben zusammenführt und in Kooperation umsetzt